

Ein Jahr Nabis - Wozu einen sozial-ökologischen Nachbarschaftsverein?

Konzept zur Verteidigung von Natur, Demokratie
und zivilisatorische Standards in einer „globalisierten“ Zeit.
von Ottmar Lattorf

1.) Warum gibt es den Verein Nabis, Bürger informieren Bürger e. V.?

Im Frühjahr 2004 haben normale Bürger, Anwohner und Naturfreunde ein Stück innerstädtisches **wildes Grün** (ca. 7,5 ha) im Kölner Süden vor Zerstörung und Verkleinerung verteidigt. In einem gewissen Sinne mit großem Erfolg! Ein völlig unsinniges Straßenbau-Projekt - den Ausbau des Bischofswegs als „Hauptverkehrs - Trasse“ - sollte unter fadenscheinigen Vorwänden unser „Paradies in Kleinformat“, die sog. „Raderberger Brache“ schwer beschädigen; obwohl das Gelände schon seit Jahren als „geschützter Landschaftsbestandteil“ ausgewiesen ist. Im Laufe der sehr erfolgreichen Widerstands-Aktionen zur Verteidigung der „Raderberger Brache“ wurden Erfahrungen gesammelt, die im Hinblick auf die Frage „Was können Bürger gegen politische Entscheidungen, die sich klar gegen ihre Interessen richten tun?“ wichtig sein können.

Nach den Aktionen im März/April 2004 gründeten wir zur Aufbereitung und Vertiefung unserer Erfahrungen an der Raderberger Brache und zur besseren Vorbereitung auf weitere zu erwartenden Zerstörungen von Umwelt und Heimat einen **gemeinnützigen Nachbarschafts-Verein**, genannt: Nabis, Bürger informieren Bürger e.V.

Der Verein dient uns seither als Forum, als Aktionsbasis und als organisatorischer Rahmen für die potentielle Unterstützung anderer besorgter Bürger in unserer Region.

2.) Von der Naturzerstörung zum „System“.

Die Erfahrungen und die Fragen die sich uns durch unsere Verteidigungsaktion ergaben, berührten die verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, die ich hier im nachfolgenden kurz skizzieren möchte. Bei dem Versuch die Fragen zu beantworten und die Erfahrungen aufzuarbeiten erweiterte sich unsere Sichtweise auf die Probleme. Wir erkannten hinter den konkreten Naturzerstörungen grundsätzliche, systematische, wirtschaftliche, aber auch philosophische und psychologische Realitäten.

- die politische Ebene: Wir stellten uns die Frage, wie kommen Beschlüsse zum Ausbau von Straßen überhaupt zustande? Sind die Verfahren demokratisch? Sind die Beschlüsse am Gemeinwohl orientiert? Sind die Beschlüsse an Sachverstand orientiert? Unterliegen die Umweltschutzgesetze einer gewissen politischen Erosion? Welche Logik hat die kommunale bzw. bundesweite Straßenverkehrspolitik? Was können wir tun, damit wir unserer Stimme Gehör verschaffen? Hier betreten wir
- Die Ebene der eigenen Bildung: Wir stellten fest, dass nicht nur **wir selber**, die Aktiven der Gruppe, sondern auch viele Sympathisanten über viele grundsätzliche Abläufe der politischen Willensbildung zu wenig oder keinerlei Ahnungen hatten. Das kleine Einmaleins des mündigen Bürgers war vielfach unbekannt. Die Gesetzeslagen waren nur ganz grob bekannt. Wir empfanden dies als schweren

Nachteil und wir stellten uns die Frage, wie man diesem Umstand bessern kann? Wie kann man die Selbstbildung und Weiterbildung für die Nachbarschaft organisieren?

- Wir stellten weiterhin fest, daß die meisten Menschen gar nicht wissen, **was** in den wenigen verbliebenen grünen Oasen **in einer Großstadt so alles wächst**. Für manche Menschen war die Brache nur ein Gelände mit Gestrüpp und Unkraut. Kaum einer weiß, welche immense Bedeutung die Vielfalt der pflanzlichen und tierischen Arten für unser Leben auf diesem Planeten hat; kaum einer weiß, wie sehr diese Vielfalt durch unsere Agrarindustrie (Landwirtschaft) und durch unsere Lebensweise gefährdet wird. Kaum einer weiß, daß es mittlerweile so ist, daß die Artenvielfalt auf einer solchen Brache wesentlich höher liegt, als auf einem Acker auf dem Lande. Kaum einer kennt die Namen der Bäume die wir verteidigt haben. Wir stellten uns die Frage, welche Maßnahmen sind erforderlich, um das pflanzenkundliche Wissen der Bevölkerung zu erhöhen. Je kleiner der Natur - belassenen Flächen werden, desto weniger hat man die Möglichkeiten, konkret den Menschen das große ökologische Netzwerk zu erklären, das in fahrlässiger Weise durch den Straßenbau, die Städtebaupolitik und Ignoranz gefährdet wird. Natur - belassene Flächen, Brachen, Wegränder und Baulücken müssen geschützt werden. Die Straßenverkehrspolitik und die Stadtplanung muß dahingehend hinterfragt und verändert werden. Wie können wir das schaffen?
- Im Laufe der konkreten Handlungen vor Ort, betraten wir die Ebene der konkreten Handelns und der Auseinandersetzung: Was ist, wenn Beschlüsse durchgeführt werden sollen, die sich klar gegen die Interessen der Bevölkerung richten? Was macht man dann? Wie führt man Blockaden durch, die sich im legalen Rahmen befinden? Wie bereitet man die Bevölkerung auf solche Aktionen vor? Wie motiviert man sie? Wie geht man mit den Menschen in den Behörden, der Polizei vor Ort, den Arbeitern vor Ort um? Braucht man im Vorfeld Rechtsbeistand? Braucht man neutrale Beobachter? Was ist wenn eine Blockade länger andauert? Gibt es Vorbilder für unsere Baumverteidigungsaktionen? Von Beginn an waren wir mit
- den Medien konfrontiert: Wie geht man mit ihnen um? Welche Rolle spielen die lokalen Medien bei solchen Bürgeraktionen? Obwohl wir zwar immer nette Journalisten getroffen haben, haben wir letztendlich die lokalen Medien als Faktoren kennen gelernt, die nicht in der Lage und nicht Willens waren, über die tatsächlichen Sachverhalte zu berichten. Wir konnten fast immer feststellen, daß die Medien nicht wirklich funktionierten. Die „Berichterstattung“ war jedenfalls nie korrekt und richtete sich - wenn es drauf an kam- immer gegen unsere Aktionen. Wie kann man im Vorfeld damit schon umgehen? Sollte man sich eigene Medien aufbauen? Natürlich hat man bei solchen Aktionen auch immer mit
- der grundsätzlichen, theoretischen, philosophischen Ebene zu tun, obwohl einem das nicht immer bewußt ist: Obwohl wir zunächst „nur“ um einen Landstrich und um ein paar Bäume in unserer unmittelbaren Umgebung gekämpft haben, ist vielen von uns aufgefallen, daß wir es auf vielfältiger Weise mit grundsätzlichen oder systematischen Problemen zu tun haben. Es stellten sich zum Beispiel folgende Fragen: Was ist eigentlich Demokratie? Wem dient der Staat? Wessen Interesse dient die Verkehrspolitik? Und: Wenn man die Regierungspolitik auf kommunaler oder Bundesebene der letzten Jahre betrachtet, findet man das Abholzen der Bäume an der Raderberger Brache und der sinnlose Ausbau des Bischofsweg in eine Serie von konkreten Maßnahmen eingereiht, die **insgesamt** unsere Lebensbedingungen

verschlechtert. Können wir das als Umweltschützer ignorieren? Es wird nicht nur unsere natürliche Umgebung zerstört, in vielen anderen –außer-ökologischen Bereichen- beobachten wir eine kontinuierliche Verschlechterung von Lebensbedingungen, von Verdienstmöglichkeiten, von Lernmöglichkeiten, von Treffmöglichkeiten u.s.w.. Die von uns gewählten Parteien in den Parlamenten sind ständig bemüht, die sog. Strukturen der Daseinsfürsorge (Wohnungsgenossenschaften, Kanalsysteme, Klärwerke, Wasserrechte, Müllabfuhr, Post, Transportmittel...) zu verkaufen, weil der Staatskasse angeblich kein Geld mehr hat!! Andererseits haben die CDU/SPD/Grüne in ihren Legislaturperioden den Konzernen großzügige Steuererleichterungen verschafft.

- Das stetige Abholzen von Bäumen in Köln und die Zerstörung von Natur stehen leider nicht als isolierte Einzel- Ereignisse da. Haben wir es nicht vielmehr mit einem größeren Angriff auf unsere Lebensinteressen zu tun? Wie sehen die sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhänge und die philosophischen Hintergründe aus? Wollen wir uns darum auch kümmern? Ist das die Aufgabe des Vereins? Haben wir deshalb den Verein gegründet?

- Die konkrete Raumfrage: Obwohl wir uns als Bürgerinitiative und als Verein anfänglich (die ersten 10 Monate) unter dem Dach der AWO (= Arbeiterwohlfahrt) in unserem Stadtteil Raderberg getroffen haben, hat uns die sozialdemokratische AWO zum Jahreswechsel (2004/2005) unter Vorwänden (wir hätten zwei Kaffee - Tassen nicht gespült und die Tannenbaumbeleuchtung nicht ausgeschaltet....) aus ihren Räumlichkeiten verbannt. Obwohl die von der AWO selbst veröffentlichten Grundsätze es sogar anmahnen mit Bürgervereine - wie wir es sind - zu kooperieren und obwohl das Häuschen in dem wir uns trafen, (an der Kierberger Str. 2) oft leer steht, verweigert die AWO heute jede Kooperation mit uns als Nachbarschafts-Verein.

- Das könnte mit dem politischen und moralischen Verrat der Sozialdemokratie und dem Verwesen ihrer Institutionen, wie die ArbeiterWOhlfahrt zusammenhängen. Die Sozialdemokratie hat schon vor Jahren einen gedanklichen Schwenk hin zur neo-liberaler Philosophie () gemacht. Aus dieser Philosophie speist sich das ständige Bemühen, Strukturen der Daseinsfürsorge (Bahn, Post, Müll, Kanalsysteme, Wasserrechte..) zu verkaufen. auf die Abschaffung der Vermögenssteuer unter Kohl , folgten die Senkungen der Unternehmenssteuern im Jahr 2000 durch die rot-grüne Regierung. Das verschärfte wundersamerweise die schlechte Finanzlage in den öffentlichen Kassen. Und das führt nun zu dem Zurückdrängen und Ausdünnen öffentlicher Einrichtungen. Konnten schon vorher die normalen Plätze nicht mehr als öffentliche Treffpunkte für die Bevölkerung genutzt werden, so wurden immer häufiger Jugendzentren und Bürgerhäuser für unbezahlbar erklärt. Aber das scheint hier in Raderberg die Arbeiterwohlfahrt (AWO) nicht zu stören. Im Gegenteil, die AWO ist empört, wenn man dies thematisiert und sie an ihre eigenen politischen und sozialen Grundsätze erinnert. Obwohl jede Demokratie ein die Menschen verbindendes Gemeinschaftsgefühl braucht, das seinen Ausdruck in einer Vielzahl nichtkommerzieller Organisationen und Institutionen findet, stehen wir nun als Bildungsschaffender, gemeinnützige Nachbarschafts-Verein auf der Straße. Eine lebendige politische Kultur braucht Plätze, Bibliotheken, öffentliche Schulen, Nachbarschaftsinitiativen, Kooperativen, Versammlungsorte, Freiwilligenverbände und Gewerkschaften damit Menschen sich treffen und ihre Probleme bereden können. Die bewußten und unbewußten Vertreter der neo-liberale Philosophie (1) in Politik und Medien ignorieren diesen Bereich völlig. Diese Haltung bringt keine mündigen Bürger, sondern Konsumenten hervor, keine Gemeinschaften sondern Einkaufszentren.

So entwickelt sich vor unseren Augen schließlich die atomisierte Gesellschaft gleichgültiger Individuen heraus, die sich demoralisiert und ohnmächtig fühlt. Wollen wir das so einfach hinnehmen? Kann man die AWO aus ihrer historisch gewachsenen Rolle als Wohlfahrtsorganisation entlassen? Die Frage stellt sich auch deswegen, weil heute nach neo-liberaler Vorstellung alle Strukturen der Daseinsfürsorge zur Disposition stehen. Alle sozialen, sozialdemokratischen, kulturellen, wirtschaftlichen und ökologische Standards, die nach dem Ende des 2. Weltkriegs und in den 80ziger Jahre als zivilisatorische Errungenschaften erkämpft worden waren, werden in einer aggressiven Weise von den neo-liberalen Regierungen (SPD/Grüne/CDU/CSU/FDP) angegriffen. Die AWO bezieht sich erfreulicher Weise in ihren Grundsätzen trotz allem immer noch auf den „demokratischen Sozialismus“ und vielen anderen am Gemeinwohl orientierten Werten. Sollte man sie in die Pflicht ihrer eigenen Ansprüche nehmen? Oder ist die AWO im Windschatten der SPD moralisch längst vermodert und hat sich im Stillen zu einem wenig gemeinnützigen Konzern entwickelt, der immer noch von einem alten progressiven Ruf lebt. Wie gehen wir damit um?

- Es bleibt das konkrete Problem, daß es für die Bürger und ihre Vereine in der südlichen Südstadt (Raderberg, Raderthal, Bayenthal, Marienburg) kein Gemeindehaus gibt. Ein offener und unkommerzieller Treffpunkt wäre eine echte Bereicherung und würde viele notwendige soziale Prozesse ermöglichen. Daher ist eins der dringlichsten Aufgaben für uns, wie es gelingen kann, ein Vereinshaus bzw. offenes Bürgerhaus in Raderberg/ Bayenthal zu organisieren?

4.) Was tun ! ?

Meine Hypothese lautet: Die permanente Zerstörung von Natur in einer Großstadt ist nur ein **Symptom** eines nicht-demokratischen und nicht am Gemeinwohl interessierten wirtschaftlichen Systems, daß in vielerlei Hinsicht heute an sein Ende gekommen ist. Seit neo-liberale Politiker in den Parlamenten sitzen, werden alle sozialen oder ökologischen Errungenschaften daraufhin untersucht, ob sie nicht „eingespart“ oder irgendwelchen „Reformen“ geopfert werden können. Nebenher wird die produktive und produzierende Wirtschaft, die Kleinbetriebe und die bäuerliche Landwirtschaft demontiert. Die Vielfalt der Kultur wird finanziell ausgetrocknet. In dem Maße wo Privatfirmen das Konzept bestimmen kommen „Demokratische Entscheidungen“ unter immer fragwürdigeren Umstände zustande (siehe Bau der Köln Arena, Bau der Müllverbrennungsanlage, Bau der U-Bahn, Bau der neuen Messe).

Die Natur wird als zu verbrauchende Ressource ohne Eigenwert behandelt. Die Arbeitslosen werden hier und da schon als „nutzlose Esser“ und „überflüssig“ diffamiert. Das Gemeinwohl gerät total ins Hintertreffen. Im Orwellschen Neusprech wird die brutale Demontage des Sozialsystems als „nötige Reformen“ bezeichnet. Der massive Angriff auf den Lebensstandard der Bevölkerung zugunsten der Banken nennt man einfach „einen aufgrund der demografischen Verschiebung notwendigen Strukturwandel in der Sicherung unserer Sozialsysteme“.

Die beabsichtigte Privatisierung aller sozialen Bereiche wird den Sozialstaat abschaffen. Der Widerstand gegen die ständige Verschlechterung unserer Lebensumstände ist noch mäßig, aber immer lebensnotwendiger.

In vielen privaten und politischen Gesprächen wird zwar die Passivität und Mutlosigkeit der Deutschen, der „Arbeiterklasse“, der „Studenten“, der Leute oder der Jugendlichen beklagt. Kaum jemand wehrt sich gegen die Unverschämtheiten dieser Politik.

Infolgedessen nimmt die Erosion der (traditionellen, sozialstaatlichen, sozialdemokratischen, christlichen, grünen...)Werte immer mehr zu. Die Medien verkleistern alles abgesprochener Maßen und beruhigen die Leute. Mehr und mehr Menschen sind völlig desillusioniert von den politischen Strukturen. Und viele fühlen sich hilflos: „Die da oben machen doch was sie wollen.“ Attraktive Alternativen gibt es scheinbar auch nicht.

Was ist zu tun? Soll man überhaupt was tun? Was kann man tun? Soll man etwa eine neue Partei gründen? Wie lange wird es brauchen bis die ihre Ideale verloren hat?

Das Bewusstsein der Menschen ist entscheidend!

Wenn man all dies zur Kenntnis nimmt und nach Lösungen dafür fragt, muß man auch feststellen, daß wir es auf der einen Seite mit einem Bewusstseinsmangel der Menschen auf verschiedene Ebenen zu tun haben. Die Mehrheit der Menschen in den modernen Industriestaaten ist insgesamt viel zu unbewußt und zum Teil besonders historisch ungebildet. Viele Menschen leben in einem psychologischen Zustand der **Realitätsverdrängung**. Die Konzern-Medien verdrängen fleißig mit.

Doch: Wir werden in keinem gesellschaftlichen Bereich eine Verbesserung zum Guten verbuchen können, ohne ein Bewusstsein für die jeweilige Sache und ohne über eine gewisse Menge an Sachkenntnis zu verfügen.

Daher plädiere ich für eine umfassende Bewusstseinsarbeit. Die Verbesserung und Vergrößerung des Bewußtseins des Menschen auf **jeder Ebene** des Daseins ist das entscheidende Mittel, um überhaupt zu einer gesellschaftlichen Verbesserung zu kommen. Das fängt mit den kleinen konkreten Problemen vor Ort an. Zum Beispiel mit den Bäumen, die man fällen will.

Genau genommen kann jeder jederzeit anfangen mit der Verbesserung der gesellschaftlichen Lage. Man kann sich mit persönlich/psychologischen Themen auseinandersetzen, mit großen philosophisch/musikalischen Ideen oder mit medizinisch/astrologischen Sachverhalten oder mit den aktuellen wirtschaftlichen Themen. Was dem Menschen hilft sich selbst und seine umgebende Welt besser zu erkennen, dient einfach der Sache. Das nenne ich **konstruktives Tun auf der individuellen Ebene**; das kann man immer machen, egal wo man ist. Und viele Menschen machen das bereits.

Aber genauso wie es unterschiedliche Stufen der Entwicklung des Bewußtseins oder des Wachstums von Pflanzen gibt, gibt es auch unterschiedliche Entwicklungsphasen sozialer Entwicklungen.

Ich halte es für unnötig, heutzutage neue Parteien zu gründen. Allein schon deshalb, weil die Parlamente von den Großkonzernen gelenkt oder schon gekauft worden sind. Unsere Interessen, die Interessen des Volkes werden dort nicht mehr vertreten. Man sollte viel kleiner und konkreter anfangen. Man sollte die Menschen dazu befähigen das eigene Schicksal selber in die Hand zu nehmen und aus der kindlichen Haltung herauszukommen, apathisch auf die Politik und ihre Folgen zu starren. Man kann sich selber fragen, was man gerne möchte und setzt sich offen dafür ein. Ganz konkret!

Und: man kann sich ja mit anderen zusammenschließen: Man trifft sich mit seinen Freunden, Nachbarn und Gleichgesinnten und feiert einfach den Vollmond miteinander. Das ist schon fast eine revolutionäre Tat, weil es nicht in der Zeitung stand und uns vom Fernsehen weglockte. Vielleicht hat man sogar miteinander geredet und sich ein wenig zugehört und schon hat man eine neue soziale Qualität. Man kann der Vereinzelung entgehen, indem man sich locker organisiert. Diese lockeren Treffen könnten zum Beispiel regelmäßig zu gewissen Themen stattfinden oder zum Tanz. Damit haben wir die Ebene des Vereins, eines Bundes, einer Clique oder einer Bande erreicht. Soweit sind wir mit unserem Verein Nabis bereits gekommen.

Die nächst Stufe besteht darin sich über sein gemeinsames Tun im augenblicklichen gesellschaftlichen Kontext bewusst zu werden. Also, was tun wir eigentlich, indem wir uns als Gruppe zusammenschließen, um bestimmte Aktionen durchzuführen, z.B. Info-Flugblätter verteilen, Briefe an Behörden schreiben, Bäume verteidigen, zu Versammlungen und Diskussionen einladen, informieren, Redekreise bilden? Hier eine Auswahl:

- 1.) Wir setzen für andere Menschen in unsere unmittelbare und mittelbare Umgebung ganz bestimmte Signale, z.B. wir sind nicht passiv, wir sind nicht Nur-Konsumenten. Wir tun etwas. (siehe: Rupert Sheldrake über morphogenetische Felder)
- 2.) Wir nehmen unsere Realität überhaupt wahr, wir verdrängen sie nicht. Wir nehmen bestimmte Dinge in unsere Realität nicht einfach so hin. Wir sind nicht autistisch.
- 3.) Wir beginnen einen Diskurs, indem wir Veranstaltungen, Versammlungen oder Vorträge organisieren.
- 4.) Wir kümmern uns.
- 5.) Wir verhalten uns wie erwachsene Menschen und nicht wie Kinder.
- 6.) Wir versuchen Verantwortung zu übernehmen.
- 7.) Wir haben eine andere Meinung. Wir grenzen uns ab.
- 6.) Wir sind ein Beispiel.
- 7.) Und: Wir widersprechen damit einer autoritären Auffassung von der Natur des Menschen, die heute von vielen sog. Führungseliten und neo-liberalen Intellektuellen hinter vorgehaltener Hand vertreten wird. Die Führungseliten betrachten den Menschen als grundsätzlich dumm, unwissend und unfähig, jemals ihre eigenen Interessen vertreten zu können. Daher braucht der Mensch auch gar nicht alles zu wissen. Sie betrachten die Mehrheit der Menschen als eine Art unwissende Hammelherde die entsprechend medial gesteuert werden muß, weil das „für Deutschland“ oder „für Europa“ oder für die „nationalen Interessen“ besser ist. Die dumme Hammelherde braucht eine Führung, die sie im Zweifel vor sich selber schützt. Diese Führungseliten betrachten sich als diese Führung die heute in den Parteien und Regierungen „demokratisch“ regieren; sie halten sich für Experten für das, was die Hammelherde will; die Hammelherde kann nicht selbst wissen was sie will und muß infolgedessen den „demokratischen Entscheidungen“ zustimmen.
Durch unser Tun (Verein Nabis) widersprechen wir diesem menschenverachtenden und undemokratischen Menschenbild und transportieren unbewusst eine ganz andere Philosophie, nämlich die, das der Mensch sehr wohl seine Geschicke selber regeln kann und keine Bevormundung braucht.

4. Ein Gemeindehaus muß her!

Spätestens wenn sich der Kreis, Verein, Club auf Großfamiliäre Dimensionen (15-30 Personen) anschwillt oder konzeptionell anschwellen soll, kommt automatisch die Frage nach dem Ort des Treffens auf die Tagesordnung. Ein Vereinshaus oder Gemeindehaus muß her!

Und hier knüpfen wir an alte demokratische Traditionen an, in der sich die „Gemeinde“ zum Palaver, zum „Klaaf“ oder zur Aussprache regelmäßig traf, um Rat zu halten oder um sich eine Meinung zu bilden. In manchen Gegenden hat man noch ein Gemeindehaus und in manchen Städten traf man sich „Unter den Linden“ auf den diversen öffentlichen Plätzen der Städte. Diese Strukturen sind im Laufe der Zeit komplett erodiert, indem man z.B. die öffentlichen Plätze zu Abstellflächen für Autos gemacht hat.

Darüber hinaus halte ich den Anspruch, sich zunächst mit den kleinen Problemen der Leute von vor Ort auseinanderzusetzen und die Perspektive **sich mit den Leuten von vor Ort zu befreunden und zu verbünden**, d.h. Nachbarschaftsvereine zu gründen für sehr sinnvoll und für leicht machbar. Das kann man überall auf dem gesamten Planeten machen. Würden sich diese Vereine zu Stadtteil-Initiativen mausern, die selbstständig und souverän entscheiden können, würde das die Politik die wir heute kennen, völlig überflüssig machen. Der Anspruch vieler Initiativen (oder politischer Parteien) Deutschlandweit oder global zu agieren ist zwar löblich, enthält aber von vorne herein gewisse Gefahren:

1. man kann sich leicht überfordern,
2. man hat nicht genügend Ressourcen, um die ganze Stadt mit Flugblätter zu versorgen,
3. man verliert leicht den Kontakt zu der eigenen Basis/Familie/Nachbarschaft.
4. Der Anspruch ist oft gleichbedeutend mit dem Schielen auf das Parlament.

Konkrete demokratische Vertretungen der Leute von vor Ort sind letztendlich demokratischer und auch effektiver. Diese konkreten Vertretungen könnten souverän und selbstständig sein. Auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Denn man darf eins nicht vergessen: die heutigen Parlaments Wahlen in den Repräsentativen Demokratien suggerieren den Leuten, sie könnten sich ihrer Verantwortung für ihren Lebensraum den sie bewohnen entziehen, indem man „wählen geht“. Man macht glauben, man könne die Verantwortung sog. Politikern übertragen. Die können aber diese Verantwortung eigentlich gar nicht tragen und machen dies von daher auch immer nur zum Schein, d. h. illusionär; sie sind also im eigentlichen Sinne des Wortes immer Hochstapler; die auch noch unterschiedlichen starken wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in den Parlamenten ausgesetzt sind.

Die Wahlen sind Gesellschafts-Spiele die uns Demokratie vorgaukeln. Wir wissen das auch alle, weil es ja in keinem Bereich der Gesellschaft eine echte Demokratie gibt. Von daher gilt es die Fähigkeit und die Erkenntnis zu fördern **selber** die Verantwortung für den Lebensraum, für unsere Bioregion zu übernehmen. Dazu braucht es aber auch Spielräume, Räumlichkeiten oder Gemeindehäuser, um die Fähigkeit für eine Selbstvertretung und Selbstorganisation wieder herzustellen. Hätten wir also durch unsere Vereinstätigkeit ein Stadtteilgemeindeleben wieder belebt, mit dem Bedürfnis und der Fähigkeit nach Selbstvertretung, dann wären wir in unsere sozialen Entwicklung ein enormes Stückchen weiter. Aber so weit sind wir mit unserem Verein Nabis noch nicht.

Seit der Gründung des Vereins ist nun ein Jahr lang Wasser den Rhein runtergeflossen. Nach diesem Jahr kann es interessant sein, über unsere Existenz und unsere Entwicklung in der Rückschau zu reflektieren. Für die, die den Anfang, die unseren Anfang verpasst haben, hier unsere Initialgeschichte

5.) Hier: Unsere Geschichte

Seit über einem Jahr gibt es uns nun also schon: Nabis, Bürger informieren Bürger e.V. Vor über einem Jahr begann mit dem Bau der monströsen und ebenfalls unnötigen „Nord-Süd-U-Bahn“ auch unser Kampf um die Raderberger Brache. Das heißt, eigentlich begann der Widerstand schon Jahre vorher. Die 7,5 ha große „Brache“ die ursprünglich keine Brache war, sondern den botanischen Garten beherbergte, wandelte sich nach den Notzeiten des 2. Weltkriegs zu einer Nutzgartenlandschaft. Doch mussten im Jahr 1960 die Kleingärtner Hals über Kopf aus dem Gebiet weichen wegen der geplanten Bundesgartenschau. Die aber dann doch auf der anderen Rheinseite stattfand. Danach wurde dieses nun „freie“ Gelände zu einem Objekt der Städteplaner, die für diesen Bereich die Stadt –Autobahn vorsahen. Kanalisationen mit Gullideckel wurden angebracht, um dann -es war in den 70ziger Jahre- auch die geplante Stadtautobahn nicht zu bauen. Zwischenzeitlich zogen die Grünen ins Kölner Stadtparlament ein und erreichten in den 80ziger Jahre die unter- Schutzstellung der Raderberger Brache als „geschützter Landschaftsbestandteil“. Trotzdem kursierten immer wieder Gerüchte, daß die Brache zur Straße werden sollte... Über 20 Jahre hatten die Anwohner der Raderberger Brache in unterschiedlichen politischen Formationen aktiv für ihr grünes Kleinod gekämpft. Immer wieder gab es Initiativen und Bürgervereine zur Erhaltung der Raderberger Brache. Immer wieder wurden die Initiativen beruhigt, es werde doch nicht bebaut, die Stadt hätte doch kein Geld für den Straßenbau u.s.w.. Bis dann plötzlich der Kölner Express den verdatterten und ungläubigen Bürgern unter der Rubrik „Schnell – Schneller – Express“ den baldigen Ausbau des Bischofsweg verkündete - trotz der schönen grün-weiße Schilder, die rund um das Gelände standen mit der Aufschrift: „geschützter Landschaftsbestandteil“.

Als Anwohner dann bei der kontrollierenden Bezirksregierung anriefen, ob das denn sein könne, weil die Stadt Köln doch pleite sei, sagten die Bediensteten bis zum Baubeginn, es werde nicht gebaut, weil die Stadt pleite ist. Trotzdem waren die Planungen nun real.

Daraufhin mobilisierten eine kleine Initiative die Bevölkerung mit selbst verfassten Flugblättern und lud wöchentlich zu Bürgerversammlungen ins nahegelegende AWO-Häuschen ein. Dort wurde der Stand der Recherchen und mögliche Gegenmaßnahmen vorgetragen und debattiert.

Im März 2004 wurde es dann konkret: 180 Bäume sollten weg, die Fuchsbauten auch, die Ruhe sollte verschwinden zu Gunsten einer breiten Straße (Hauptverkehrs-Trasse) mit ausladenden LKW-Parkplätzen.

Die Bürger, Anwohner und Naturfreunde konnten und wollten das nicht hinnehmen. Der sog. „Ausbau des Bischofswegs“ drohte zu einem Beispiel für den normalen Gang politischer Entscheidungen zu werden, die sich gegen die Interessen Bevölkerung und gegen jeden Sachverstand richten. Doch die Aktionen die folgten, wurden zu einem Lehrstück zum Thema, was der Bürger heute -neben wählen gehen und Nichtstun- außerdem noch machen könnte.

Wir konnten 10 Tage lang gegenüber den städtischen Behörden, den Straßenbaufirmen und gegenüber der Polizei ein Abholzen von ca. 180 Bäumen in diesem Gebiet, verhindern! 10 verdammt interessante Tage lang!

Für den frühen Morgen des 29. März 2004 - an dem Tag an dem Geholzt werden sollte-, wurde von der Initiative zu Morgengymnastik und Frühstück um 7 Uhr (Morgens!) eingeladen. „Nun können wir, die Bürger“ - so daß Flugblatt-, „den Straßenbau und das

Abholzen der Bäume nur noch mit unseren Körpern verhindern!“ Als Vorbild galt den Initiatoren die Aktionen der indischen Chipko-Bewegung, die das Abholzen ihrer Bäume durch Umarmungen der Bäume verhindert hatte.

Und tatsächlich: mit den Körpern von etwa 30 bis 40 Leuten gelang es, die Bäume ein weiteres Mal zu verteidigen! Wir stellten uns davor, wir kletterten drauf, wir umarmten die Bäume; wir liebten sie ja. Wir ließen keine Motorsägen an sie ran. Wir stellten uns vor den Baggern und Sägen.

Das brachte die Polizei auf den Plan, die uns aufforderte, uns an die Spielregeln zu halten. Gute Idee antworteten wir; wir hätten doch gerne mal die Genehmigung zum Fällen der Bäume gesehen! Es gab keine Genehmigung für das Abholzen der Bäume! Doch weil die Behörden, die Baufirma und die Polizei keine definitive Zusagen über das weitere Vorgehen und über die Aufgabe der Pläne, dort abzuholzen machen wollten, blieben viele Naturfreunde und Anwohner einfach den ganzen Tag vor Ort und informierten die vorbeigehenden Passanten und Anwohner über die Lage. Abholzen ohne Genehmigung. Straßenbauen ohne Bedarf. Plündern der Sozialkassen für unsinnige Projekte. Zunächst nur mündlich, doch nach ein paar Stunden konnte ein Info-Tisch mit diversen selbstgefertigten Info-Blätter und einer Spendendose für Flugblätter und Lebensmittel aufgebaut werden. Wir riefen die Bürger in unseren Flugblättern dazu auf, **jetzt** die Brache zu verteidigen. Jeden Tag! Ab 6 Uhr Morgens! Die Initiative war ja schon bekannt. Wir hatten wochenlang auf das nun kommende Problem hingewiesen. An jedem weiteren Tag ab 6 Uhr Morgens versammelten sich also die Leute, Nachbarn und Passanten um auf die Bäume aufzupassen. Täglich um 15 Uhr gab es dann ein neues Flugblatt, dass in 1000sender Auflage über den Stand der Dinge und das weitere Vorgehen informierte.

Viele Passanten und Anwohner und Freiwillige verteilten erstmals in ihrem Leben Flugblätter an Freunde, Verwandt, Bekannte oder an Fremde. Wir konnten schon bald das Informationsmonopol der lokalen Medien in unserem Stadtteil, die entweder schwiegen oder die Sachverhalte und unsere Argumente falsch darstellten, brechen.

Selbst die lokale Polizei sympathisierte offen mit uns. Wir hatten sie immer freundlich und als potentielle Mitglieder unserer Initiative behandelt. Die Bevölkerung war beinahe zu 100% auf unsere Seite. Es kamen viele Rentner und Kinder, ja sogar ganze Schulklassen besuchten uns, blieben über Stunden, so daß sich andere ausruhen konnten. Ständig wurde informiert, diskutiert und debattiert.

Unsere Strategie bestand lediglich darin, über die tatsächlichen Gründe und Umstände des Straßenbauvorhabens zu informieren: Das Straßenbauvorhaben war nicht demokratisch beschlossen worden, es war verkehrstechnisch gesehen unnötig, wir waren entgegen den realen Tatsachen von den Behörden belogen worden, es sollte Steuergelder ausgegeben werden, die man dringender woanders gebraucht hätte; die Aufsichtsbehörden waren in einem gewollten Tiefschlaf und wollten sich durch uns nicht wecken lassen. Daß Gebiet ist einmalig, es enthält viele seltene Pflanzen und Ruhe und wird von der Bevölkerung stark genutzt.

So ging es Tag für Tag. Jeden Morgen um 7 Uhr standen 30 bis 40 Leute um die Bäume herum, wir debattierten mit den Passanten, bauten Info-Tische auf und verteilten in der Umgebung Flugblätter. Wir informierten die Nachbarschaft und die Passanten immer detaillierter über die Hintergründe des Straßenbaus. Wir gaben allen Passanten die Interesse hatten ein Quäntchen Staatsbürgerkunde mit, ein Stück Kritik an der allgemeinen Verkehrspolitik, einen Schwung Heimatökologie und die Möglichkeit sich überhaupt mal zu äußern. Wir wurden immer mehr. Immer häufiger kamen Presse und auch die Polizei und fragte uns, wie es denn weiter gehen wird und was wir als nächstes vorhaben. Wir

antworteten, daß wir an dieser Stelle (Bischofsweg Ecke Vorgebirgsstraße) eine kleine provisorische Schule in einem großen Indianerzelt aufbauen werden.

Am 7. Tag versuchte die Stadt Köln, deren Verkehrspolitik wir angegriffen hatten, ihre verlorene Hoheit über die Köpfe der Leute wieder Zurückzugewinnen, indem sie - an einem Sonntag!- unsere Methoden kopierten und massiv Flugblätter verteilen ließen!

Am 8. Tag bauten wir mit der Genehmigung der Polizei ein Tipi (ein großes Indianerzelt) auf, um den Aktivisten und den Passanten ein bisschen Schutz vor dem schlechter werdenden Wetter zu bieten und um unsere Volksschule einen kleinen Raum zu geben. Wir erklärten das Zelt zur Mahnwache gegen Naturzerstörung.

Wir planten für die Nachbarschaft, Passanten und Schulklassen drei verschiedene Fächer zu unterrichten:

- 1.) politische Bildung, also wie funktioniert diese parlamentarischen Demokratie und welche Schwächen hat sie, erklärt an unserem konkreten Fall. Was ist eigentlich Demokratie?
- 2.) Ökologie, also welchen ökologischen und gesundheitlichen Wert haben grüne Lungen in den Städten, Was blüht hier denn eigentlich? Wieso sind Pflanzen überhaupt vom Aussterben bedroht?
- 3.) Heimatkunde: Was war denn hier früher? Wie hat sich an dieser Stelle das Stadtgebiet verändert? Wie ist es zu diesen Veränderungen gekommen?

9 Tage lang bereitete sich bei den Aktivisten, den Nachbarn und Passanten langsam das Gefühl aus, man kann doch was tun, - wenn man nur zusammensteht. 9 Tage lang beschlich uns das Gefühl, man kann doch die unaufhörliche Zerstörungsspirale verlangsamen, wenn man sich zusammentut und seine Meinung selber verbreitet und zu einem offenen und öffentlichen Diskurs über die Rechtmäßigkeit dieser Politik aufruft.

Am 10. Tag wurden wir mit einem riesigen, völlig überdrehten und überdimensionierten Aufgebot ortsfremder Polizeieinheiten und SEK-Prügeltrupps an der Bewachung der Bäume gehindert, unser Tipi wurde (trotz Genehmigung durch die Polizei) abgerissen und wir mußten zusehen, wie unter Polizeischutz die Bäume abgeholzt wurden.

Wir wurden von der Polizei behandelt wie Terroristen oder Schwer-Kriminelle. Die Strategie der Behörden, die dieses Polizeiaufgebot organisiert hatten, war klar: man wollte uns, die Naturfreunde und Anwohner der Raderberger Brache einschüchtern. Wir sind nicht etwa Bürger, die völlig berechtigt die Genehmigung für deine solche Abholzung einforderten.

Es gab keine Genehmigung für das Abholzen der Bäume. Es gab auch keine Stellungnahme von Seiten der Behörden, weshalb ein so martialisches Polizeiaufgebot nötig gewesen wäre. Die Vertreter der Medien, die wir selber gerufen hatten und die vorher mindestens ab und zu mit uns sprachen, ignorierten uns nun völlig. Mit der Tatsache, daß die Polizei so martialisch auftauchte, wurde uns allen zum Nachteil gereicht. Die ganze Initiative wurde nun zu einer Art Unpersonen. Wir waren jetzt Penner, Öko- Spinner, zu beinahe-Terroristen deklarierte, „Nicht -mehr -ernst -zu -Nehmende“ Subjekte mit denen man auf keinen Fall redet, denen man auf keinen Fall eine Stimme in den Medien gibt.

Wir hatten uns tagelang schon darauf eingestellt, daß die Medien (hier: der WDR, die Kölner Rundschau, der Kölner Stadtanzeiger) nicht die Aufgabe haben, objektiv über unser Ansinnen zu berichten. Wenn wir schon ins Fernsehen kamen oder in die Zeitung, dann wurde niemals unsere Argumentationen aufgenommen. Wenn man schon interviewt wurde, kamen später in den Filmbeiträgen und Artikel nur die unwichtigen Nebenargumente vor. Das

dubiose Tun der Behörden, die sich Geld für den Straßenbau erschlichen hatten, die grundsätzliche Kritik an dieser –neo-liberalen- Politik aller Parteien, das Schlafen der Aufsichtsbehörden, der Betrug an die Interessen der Bürger... über all das wurde von den normalen MassenMedien nicht berichtet. Wir konnten genau erkennen, daß die ortsansässigen Medien exakt die Funktion haben, die Brisanz einer solchen Widerstands-Aktion und unsere Argumente zu unterschlagen, klein zu reden oder zu ignorieren. Nur in weniger unwichtigen Augenblicken, wo es um nichts ging, kamen wohlwollende Journalist/inn/en, um ein bisschen über uns zu berichten. In den entscheidenden Momenten dagegen waren diese Leute verschwunden und es kamen die „ Journalisten-Profis“, die uns bestenfalls abfällig ansahen.

Wir alle waren geschockt und entsetzt! Für viele Anwohner, die sich noch nie engagiert hatten, brach ein Weltbild zusammen. Viele erkannten: hier regiert nicht das Volk. Hier werden Interessen durchgesetzt, die mit Volkes-Wille nichts mehr zu tun haben. Hier werden politische Entscheidungen und Umgangsformen vollzogen die sich glasklar gegen die Interessen der Bürger richteten.

Es ist in Köln wie überall in Deutschland.

Die Verkehrspolitik scheint ein Diktat der Auto- und Öl-Industrie zu sein, überall und ständig wird dem Autoverkehr den Vorrang gegeben. Die Bundesbahn wird demontiert und wird zur überteueren Schrumpf-Bahn gemacht.

Nachdem unter Polizeischutz ein Teil der Natur an der Raderberger Brache zerstört wurde, wollten wir als Initiative nicht einfach das Feld räumen. Wir waren ja im Recht! So können der Staat und seine Organe nicht mit uns umspringen! Wir wollten und wollen nicht aufgeben!

Die Raderberger Brache ist nun schwer beschädigt, die Ruhe ist weg und der Naherholungswert stark beeinträchtigt. Aber noch gibt es sie die Raderberger Brache. Viele von uns wollten auf jeden Fall das verbliebene Stück Natur vor weitere Zerstörung bewahren. Klar wurde uns auch, daß der Ausbau des Bischofswegs nicht nur eine kurzzeitige Umleitungsstraße ist, sondern der 1. Schritt zur Zerstörung der ganzen Brache darstellt. Der Bischofsweg ist zwar als solches formal nicht gefördert, aber sie kann als eine Art „Erschließungsstraße“ für das Gebiet Raderberger Straße und Großmarkt gelten. Schon läuft der U-Bahn-Bau an, den sich nur die Investoren gewünscht haben, um ein neues Filetstück, nämlich der der an der Raderberger Brache liegende Kölner Großmarkt als nächstes Finanzobjekt zu erobern. Schon laufen die Verhandlungen und Planungen für den Verkauf des Großmarktes... Und schon konnten wir die ersten Hinweise sammeln, die darauf hindeuten, daß auch die Brache bebaut werden soll. So daß unser Kampf für unsere geliebte Brache weiter gehen muß, wenn wir ein Stückchen Heimat verteidigen wollen. Wenn wir gleichsam die regionale politische Kultur und das Verständnis für konkrete Demokratie fördern könnten, wäre das ein gutes Ergebnis.

Anmerkung 1.)

Den meisten, selbst geistig arbeitenden Menschen ist es entgangen, das heute fast alle Politiker aller im Parlament vertretenden Parteien Vertreter **einer** Ideologie geworden sind: der neo-liberalen Wirtschaftsdogmatik. Das hängen die nicht aus. Das steht so nicht in einer normalen Zeitung. Denn genauso verhält es sich mit fast allen Journalisten aller Mainstream – Medien. Sie pusten alle in dasselbe Horn der neo-liberalen Wirtschaftsphilosophie. Medien, Politik und Universitäten sind heute in einer scharfen Weise gedanklich gleichgeschaltet. Und zwar so massiv wie man das sonst vom ehemaligen Ostblock behauptet hat. Das führt dazu, daß über bestimmte Denkansätze, bestimmte Ereignisse, über bestimmte Forschungen über

bestimmte Perspektiven und über bestimmte erfreuliche Resultate kategorisch nicht berichtet wird. Die Medien erfüllen ihre gesetzlich aufgetragenen Aufgaben nicht mehr, genauso wenig wie die Politik und die Bildungseinrichtungen. Ich spreche an dieser Stelle von der massenmediale Inszenierung von Realität. So wie ein Theaterstück inszeniert wird, so inszenieren die Medien für uns die Wirklichkeit, bzw. das was wir sehen und glauben sollen.